



Gewerkschaft der Polizei
- Landesbezirk Schleswig-Holstein -

Antrag auf Rechtsschutz

I. _____

Antragsteller/in	Geburtsdatum
_____ Straße	_____ Amtsbezeichnung/Bes.-/Verg.-/Lohngruppe
_____ PLZ Wohnort	_____ Dienststelle
_____ Telefon privat	_____ Telefon dienstlich
_____ E-Mail privat	_____ E-Mail dienstlich
GdP-Mitgliedsnummer <input type="text" value="60"/>	

II. Gewerkschaft der Polizei _____
Regionalgruppe _____ Ort, Datum der Antragstellung

Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich bitte, mir Rechtsschutz zu gewähren.

- 1) Seit dem _____ bin ich Mitglied der Gewerkschaft der Polizei und habe meinen Mitgliedsbeitrag regelmäßig gezahlt.
- 2) Das Rechtsschutzbegehren bezieht sich
 - a) auf eine Verteidigung in einem gegen mich anhängigen Strafverfahren.
 - b) auf ein Verwaltungsstreitverfahren.
 - c) auf ein Disziplinarverfahren.
 - d) auf die Abwehr von Schadenersatzansprüchen zivilrechtlichen Inhaltes.
 - e) auf die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen (wurde Adhäsionsverfahren beantragt und gegebenenfalls mit welchem Erfolg?).

-
-
- f) zur anwaltlichen Vertretung als Nebenkläger/Beigeladener.
 - g) auf ein Arbeitsgerichtsverfahren.
 - h) auf ein Sozialgerichtsverfahren.
 - i) auf Rechtsberatung.

- 3) Wann und wo ereignete sich der Schadenfall bzw. wann ist der Anspruch entstanden?
-
-

4) Gegen wen richten sich die Ansprüche bzw. wer richtet diese Ansprüche gegen Sie?
In welcher Art und Höhe (z. B. Schmerzensgeld usw.)?

5) Ist gegen Sie bereits ein Strafverfahren eingeleitet worden? _____

Ist bereits Anklage erhoben worden? _____

Wurden Sie bereits polizeilich, richterlich, staatsanwaltschaftlich, dienstlich vernommen? _____

Welche Dienststelle/welches Gericht/welche Staatsanwaltschaft? _____

Aktenzeichen _____

6) Ich bin in der Verkehrs-Rechtsschutzversicherung ja nein

Nr. des Versicherungsscheines _____

Privat-Rechtsschutzversicherung ja nein mit Berufsrechtsschutz ja nein

Nr. des Versicherungsscheines: _____

Versicherungsgesellschaft: _____

7) Wurde der Personalrat eingeschaltet? ja nein

8) Wurde dienstlicher Rechtsschutz beantragt? ja nein

9) Genauer Tatbestand (bitte Unterlagen beifügen; ggf. Beiblatt einfügen):

10) Ich erkläre hiermit, dass ich von den Rechtsschutzbestimmungen der GdP und den Zusatzbestimmungen des Landesbezirks Schleswig-Holstein Kenntnis genommen habe.
Ich befreie meinen Anwalt von der Schweigepflicht gegenüber der GdP.

Mir ist bekannt, dass bis zum Erhalt einer Kostendeckungszusage durch die Rechtsschutzkommission des Landesbezirks alle davor eingeleiteten gebührenpflichtigen Maßnahmen meinem Kostenrisiko unterliegen.

11) Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten zum Zwecke der Rechtsverfolgung an GdP-Vertrauensanwälte oder die DGB-Rechtsschutz GmbH übermittelt werden.
Mir ist bekannt, dass ich der erteilten Einwilligung jederzeit widersprechen kann.

Unterschrift

Anlagen:

III. Gewerkschaft der Polizei

- Es wird kein Rechtsschutz gewährt, da
 - keine hinreichende Aussicht auf Erfolg.
 - überwiegend im privaten Bereich.
 - Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.
 - Kollektivversicherungsverträge der GdP vorliegen.

- Es wird Rechtsschutz in folgendem Umfang gewährt:
 - Rechtsberatung.
 - anwaltliche Vertretung im außergerichtlichen Vorverfahren.
 - anwaltliche Vertretung bis zu einer Instanz im

<input type="radio"/> Straf-	<input type="radio"/> Zivil-	<input type="radio"/> Verwaltungs-
<input type="radio"/> Finanz-	<input type="radio"/> Sozial-	<input type="radio"/> Arbeits-

 gerichtsverfahren.
 - Übernahme der Gerichtskosten.
 - anwaltliche Vertretung im Revisions-/Berufungsverfahren.

- Antrag auf Musterprozess beim Bundesvorstand.

- Überweisung an DGB-Rechtsschutzstelle.

Bemerkungen:

Kiel, _____

Unterschrift